

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Kleinste Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Zustragen. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindeverbands-Bürokonto Nr. 3. — Postfachkonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die feinstgehaltene Zeitschrift 50 Pf., außerhalb der Amtshauptmannschaft 75 Pf., im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Eingeladene und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 11

Freitag den 14. Januar 1921

87. Jahrgang

Maul- und Klauenseuche.

Unter den Klauenviehbeständen der Gutsbesitzer Reinhold, Wigand, Ebert, Reichel in Oberarsdorf, Hoffer in Waltersdorf, Serflog in Kleinobritzsch, Flemming in Paulshain, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Es werden erklärt als Sperrgebiete die versuchten Gebiete und Kuhhorn's Gebiete in Waltersdorf, als Beobachtungsgebiete die übrigen Teile der Gemeinden, als Schutzzonen die Gemeinden Barlersdorf, Saatzdorf und die Stadt Frauenstein.

Weiter verbreitet hat sich die Seuche unter den Klauenviehbeständen der Gutsbesitzer Bentert, Zeibig und Uhlmann in Börnichen b. D., des Gutsbesitzers Dittich in Beerwalde, der Gutsbesitzer Hermann Schönberg und Reinhold Senter in Cunnersdorf, der Gutsbesitzer Albert, Groß, Zönnchen und Hoffer in Dittersdorf, der Gutsbesitzer Reilig, Wittig, Böckel, Rade und Liebert in Gomben, des Gutsbesitzers Albin Schöne in Hänlehen, des Gutsbesitzers Kästner in Höckendorf, der Gutsbesitzerin Anna Göhler in Kennersdorf, des Wirtschaftsbefizers Max Böhme in Lungkwitz, der Gutsbesitzer Waldemar Braun, Robert Böhme, Kohl und Wolf in Nassau, der Gutsbesitzer Anna Schöffel und Petermann in Quohren, der Gutsbesitzer William Zönnchen, Max Müller, Georg Diebicher und Otto Sanoig in Kolohatstädt, des Gutsbesitzers Ulrich in Wilmsdorf, des Gutsbesitzers Herzog in Wittgondorf, der Gutsbesitzer Richter, Hermann Grumbt und Gustav Grumbt in Seltersdorf. Die versuchten Gebiete gelten als Sperrgebiete.

Für die Sperr- und Beobachtungsgebiete und Schutzzonen gelten die Vorschriften in §§ 162—169 der Bundesratsvorschriften zum Reichsviehseuchengesetz (RGBl 1912 S. 3). Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Erlösungen ist die Seuche bei den Landwirten Renner, Nordmeier, Repler, Bödner, Böhme in Oberhäsel, W. Ide, Ulrich, Käst, Fischer, Böhme, Fuchs, Kästner, Schneider, Großke, Rothe in Kolohat, Schönberg, Gräbe, Sonntag in Hirschbach, Jaened in Wilmsdorf, Richter, Ziege, Wolf in Börnichen b. P., auf dem Rittergut und bei Gutsbesitzer Ritbach, Göpfer, Waude, Eismann in Kreischa, Hugo Göbel, Oskar Göbel, Dawin Feder und Max Müller in Ruppendorf, Hauswald, Röhler, Diebicher, Fischer, Anauhe, Pfeiffer, Wolf, Reichig, Rade, Scherber, Lehmann, Schöbe in Liebenau, Rade, Pfizner, Stiel, Bornmann, Querner, Bödner, Claus, Schwente, Oskar Wellmann, Bruno Wellmann, Göbler, Claus, Taschenberger, Hauptmann, Richard und Ernst Zimmermann, Heinrich Rade in Seltersdorf, auf dem Rittergut und bei Schuller, Eimon, Röhler, Bärlich in Posson-

dorf, Döblich, Bögler in Großhilsa, Hoffer, Böder, Bormann, Räger, Grimmer, Wenger, Richter, Ebert, Adner, Ralle, in Borlas, Gustav Rühle, Paul Rühle, Wolf, Schreiber, Schwente in Börnichen b. D., Ebert, Raumann, Röhle in Dittersdorf, Reichel, Pfund, Erhardt, Müller, Fischer, Ziebig, Reubert, Schneider in Reinholdshain, Reichel, Reinhold, Pfeiffer, Wagner, Arnold, Hermann Müller, von Schönberg in Kolohatstädt, Ludwig in Kennersbach, Schanze in Gomben, Sänjel in Frauenstein, Sagner in Döbra, Fröbel und Müller in Beerwalde, Engelmann, Frauch in Lungkwitz, Böhme, Rothe, Rade, Schiefer in Nassau.

Die für diese Seuchenfälle angeordneten Sperrmaßnahmen werden aufgehoben. 85 G. Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde, am 12. Januar 1921.

Butter-Zuteilung.

Für die laufende Woche beträgt die auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung entfallende Fettration 60 g Butter.

Der Preis beträgt: für 50 g Butter: 1,35 M.
Dippoldiswalde, am 12. Januar 1921.
Mob. IV. Der Kommunalverband.

Maul- und Klauenseuche

ist in der Stadt Dippoldiswalde erloschen. Die angeordneten Maßnahmen erliegen sich damit. Dippoldiswalde, am 12. Januar 1921. Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Das Einlagebuch Nr. 2596 der hiesigen Sparkasse auf den Namen Friedrich Steinchen laudend, wird hiermit für ungültig erklärt. Kreischa, den 12. Januar 1921. Die Sparkassenverwaltung. J. B. Freymarl, Gemeinbevollmächtigter.

Sturz des Kabinetts in Paris.

Paris, 12. Januar. Die französische Regierung ist heute nachmittag gestürzt worden. In der Kammer waren mehrere Interpellationen über die auswärtige und allgemeine Politik der Regierung eingebracht worden, deren sofortige Befreiung verlangt wurde. Die Regierung widerlegte sich dem und verlangte mit Rücksicht auf den bevorstehenden Zusammentritt der interalliierten Konferenz in Paris die Vertagung der Interpellation. Der Ministerpräsident stellte die Vertrauensfrage. Die Kammer lehnte die Vertagung mit 463 gegen 125 Stimmen ab. Das Kabinett ist damit gestürzt. Um 4 Uhr 40 Min. begab sich Ministerpräsident Poincaré, begleitet von sämtlichen Ministern, ins Elysee, um dem Präsidenten der Republik die Demission des Kabinetts bekannt zu geben.

Vertikales und Schiffsches.

Dippoldiswalde. Das Wohlthätigkeits-Konzert am Sonnabend dürfte sich eines recht guten Besuchs erfreuen. Der Kartenvorverkauf ist sehr lebhaft und kann nur empfohlen werden, sich bald einen Platz zu sichern. Wir möchten hierbei noch ganz besonders darauf hinweisen, daß alle Künstler, deren Namen das Programm enthält, auch erscheinen werden. Irigenwelche Gerüchte, daß Abzagen zu erwarten seien, beruhen auf Unwahrheit. Weiter sei noch daran erinnert, daß mit dem Konzert eine Tombola verbunden ist, deren Haupttreffer ein lebendes Schaf bildet. In dieser Partie werden Gaben noch dankend angenommen und es wird herzlich gebeten, diese bis Sonnabend vormittag im Wellinspitz abzugeben.

— Deutsche Volkspartei. Am Montag, 10. Jan., fand im Vereinslokal „Stadt Dresden“ eine Versammlung statt, die gut besucht war. Herr Behrer führte die Besprechung und begeisterte über den Parteilang in Rärnberg, konnte jedoch in 1 1/2 stündiger Rede nur 2 Tage erledigen, die Fortsetzung folgt in der nächsten Versammlung. Herr Parteisekretär Wänke—Dresden berichtete über den Landtag, die Regierungsbildung u. a. m. Auf Grund seiner Ausführungen wurde einstimmig folgende Entschlußfassung gefaßt: Die im Ortsverein der D. V. P. für Dippoldiswalde u. Umg. vereinigten Parteifreunde richten an die Fraktion der D. V. P. im sächsischen Landtag die dringende Bitte, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß das durch die Verfassung dem sächsischen Volke erteilte Recht des Volksentscheides baldmöglichst durch Einbringung einer entsprechenden Gesetzesvorlage seitens der Regierung dem Volke nicht länger vorenthalten wird. Die politischen Verhältnisse in Sachsen können die Ausrufung des Volksentscheides unerwartet nötig machen. Beim Bestehen des in der Verfassung vorgesehenen Gesetzes ist es nicht möglich, daß das Volk sich ihm verfassungsmäßig zutreffendes Recht ausspricht.

Es wurde beschlossen, eine Gedenkstunde zur 50-jährigen Wiederkehr der Reichsgründung zu veranstalten und zu dieser die Deutschen nationalen Volkspartei und die Deutsche demokratische Partei zur Teilnahme aufzufordern. Weiter steht der Redner hierfür, Herr Dr. Göhler—Dresden, erst am 24. Januar zur Verfügung. Alle Punkte der Tagesordnung riefen lebhafteste Ausprägungen hervor. Nach Erledigung verschiedener interner Angelegenheiten, wobei besonders darauf hingewiesen wurde, daß noch viele Wähler der Deutschen Volkspartei sich der Organisation fernhalten, sowie die Versammlung erst gegen Mitternacht geschlossen werden.

— Auch die beiden Aufführungen des Turnvereins am gestrigen Mittwoch, am Nachmittag für Kinder, am Abend wiederum für Erwachsene, erfreuten sich ungemeinem Beifall. Remotlich ludte das „Weihnachtsmärchen“ mit seinen Reigen großen Beifall hervor. Es klappte alles wie am Schnürchen.

— Am Mittwoch abends in der ersten Stunde war nach Norden zu von hier aus ein mächtiger Feuerchein zu beobachten.

Dresden. In der Mittwoch-Sitzung des Landtages wurden zunächst einige kurze Fragen erledigt, darauf der Staatsvertrag zwischen Sachsen und Neuh über den Anschluß der Fürstentümer an das sächsische Oberverwaltungsgericht aufgehoben und dann der Gesetzentwurf über eine weitere Verlängerung der Wahlperiode der Mitglieder des Landes-Landtages behandelt. Hier wurde von sozialdemokratischer Seite der Antrag gestellt, die Angelegenheit zur Ausführenderberatung zu verweisen, wogegen von deutschnationaler Seite auf die Dringlichkeit des Antrages hingewiesen wurde, weil sonst die sächsischen Landwirte ohne jede Berufsvertretung seien. — Schließlich wurde der sozialdemokratische Antrag auf Ausführenderberatung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Unabhängigen und der Demokraten abgelehnt, jedoch in den nächsten Tagen Schlussberatung folgen kann. Weiter beschäftigte sich die Kammer nach mit einem Gesetz, aber die Zuständigkeit des Vormundschaftsgerichts für Volljährigkeitserklärungen, wobei der Minister des Innern mitteilte, daß die sächsische Regierung an das Reich den Antrag gestellt habe, die Mündigkeitsgrenze auf das zwanzigste Lebensjahr herabzusetzen. Zum Schluß wurde das Gesetz die Befugnis zur Ausschließung säumiger Abgabepflichtiger von öffentlichen Bergbauangelegenheiten betreffend, gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen aufgehoben. Nächste Sitzung: Donnerstag, den 13. Januar, mittags 1 Uhr. Tagesordnung: Wohnungs- und Siedlungsfragen.

— Die Sammlung „Deutsche Kinderhilfe“, die auch in Sachsen veranstaltet wurde, hat im Bereiche des Freistaates Sachsen einen Beitrag von 1 100 000 M. gebracht.

— Der Rechtsauskunft verlagte in seiner Mittwochssitzung die Zustimmung zu dem Antrag des Rechtsanwalts Rühle

auf Strafverfolgung des Abgeordneten Fröhlich wegen Verleumdung eines Arztes.

— Das erste Porzellangeld ist jetzt in Dresden zur Ausgabe gelangt. Aber nur wenige „Glückliche“ kamen in den Besitz dieser eigenartigen Münzen. Aller Voraussicht nach werden sie im öffentlichen Verkehr wohl gar nicht erscheinen; sie wandern vielmehr sogleich in die Sammlungen der Münzenliebhaber. Schon jetzt wird ein Preis bis zum 20-fachen Wert der Münzen gezahlt. Die Erwartung, daß das Geld, weil es aus Meissen stammt, ein künstlerisches Gepräge zeigen werde, ist getäuscht worden. Das giegelförmige Geld ist unansehnlich und leider auch nicht zerbrechlich, wie Versuche beweisen haben. Im Verkehr würden sich die Zahlen, die die Münzen tragen, wahrscheinlich sehr bald abnutzen. Immerhin macht der Staat mit der Ausgabe dieses Geldes ein gutes Geschäft, zumal da die Bestellungen aus dem Auslande in immer größerer Zahl einlaufen.

Leipzig. Ein großer Teil der Schüler des hiesigen Adolph-Wilhelm-Gymnasiums hat einen Aufruf gegen die Anklage des Zigarettenrauchens der Schülerschaft erlassen, in dem es u. a. heißt: „Ueberzeugt, daß nur das persönliche Beispiel Rettung bringt, nehmen wir Schüler des Adolph-Wilhelm-Gymnasiums uns sehr vor, angelehnt der nationalen Rolle keine Zigarette zu rauchen. In gleichem Sinne wollen wir bei unseren Freunden und Bekannten wirken.“ Der Aufruf ist an die Direktoren aller höheren Schulen gerichtet.

— In den maßgebenden Kreisen des Baugewerbes und des Baumaterialien-Großhandels wird allgemein mit einer starken Zunahme der Bauaktivität im kommenden Frühjahr gerechnet. Ein sicheres Zeichen dafür ist, daß zahlreiche größere Bauunternehmer bereits jetzt bemüht sind, sich tüchtige Bauarbeiter und Facharbeiter in größerer Zahl zu sichern.

Geschäftliches.

Die Lebensdauer eines Menschen hängt nicht zum geringsten von den Krankheiten ab, die er überstanden. Menschen, die in der Natur lebten, werden älter als Stadtmenschen. Denn die genieszen die Elektrizität der Natur, die Luft des Waldes, der freien Natur. Auch der Großstadtmensch kann seinem Körper und seinen Nerven Elektrizität zuführen durch Wohlmuiths elektro-galvanischen Apparat, Marke „Gewecca“. Er ist gegen Krankheiten geschützt, weil seine Lebensenergien gesteigert sind. Er überwindet aber auch allerlei Krankheiten durch dieses Naturmittel. Jeder Mensch sollte die Schriften über Elektro-Galvanismus kennen lernen, die kostenlos verschickt werden durch G. Wohlmuith & Co., K. G., Dresden-N., Generalvertreter Rich. Friedel, Niederstranauerhof bei Dippoldiswalde.)

Einheitsfront der Eisenbahner.

Eine gemeinsame Ergänzungsdaktion.

Ermittliche großen Eisenbahnerorganisationen haben nunmehr zu dem Ergebnis der Verhandlungen zwischen Regierung und Sechzehnerausschuss Stellung genommen. Soweit die bisherigen Beratungen erkennen lassen, werden die Zugeständnisse der Regierung von allen vier Verbänden einmütig als völlig unzureichend befunden. Die Verbände wollen einen gemeinsamen Schritt bei der Regierung unternehmen, um der Not der Beamten und Arbeiter ausreichend abzuhelfen.

Gegen die Auflösung der Zulagen.

Eine Entschließung des Deutschen Eisenbahnerverbandes wendet sich vor allem gegen die „soziale Abstuflung der Zulagen“, die aber, da die durch den Krieg hervorgerufenen Verhältnisse eine gewisse Gleichmäßigkeit der Preise auf dem ganzen deutschen Warenmarkt erzeugt hätten. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes sehe sich der erweiterte Vorstand außerstande, beruhigend auf die Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes einzuwirken.

In der Voraussetzung, daß auch die Vorstände der übrigen Großorganisationen der Eisenbahner trotz des erreichten Teilerfolges ähnliche Schwierigkeiten in ihren Mitgliederkreisen vorfinden, wurde beschlossen,

die bisher im Sechzehnerausschuss zusammengeschlossenen Verbände zu erfordern, die Einheitsfront aufrecht zu erhalten, um durch ein gemeinsames Vorgehen den unbefriedigenden Teilerfolg zu einem Ergebnis zu führen, das den Leitungen der Eisenbahnerverbände ermöglicht, die Bewegung in geordneter Weise abzuschließen. Der erweiterte Vorstand beauftragt den Geschäftsführenden Vorstand des Verbandes, unter Berücksichtigung der vorstehend angeführten Gründe die Verhandlungen weiterzuführen und im Bedarfsfälle auch vor dem letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel nicht zurückzuführen.

Die verantwortlichen Verbandsinstanzen, Bezirksleitungen, Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten werden verpflichtet, sich angelegentlichst mit aller Energie zu widersetzen.

Auch die übrigen Eisenbahnerverbände sind der Überzeugung, daß die Abmachungen besonders in den unteren Lohn- und Gehaltsklassen ganz unzureichende Einkommenserhöhungen bringen und daß durch eine gemeinsame Ergänzungsdaktion sämtlicher Eisenbahner eine befriedigende Gehalts- und Lohnaufbesserung in dem ursprünglich geforderten Ausmaß durchgesetzt werden muß.

Bisher 60,3 Prozent für den Streik.

Das Ergebnis der Abstimmung der Eisenbahnbeamten liegt jetzt für die ehemals preussisch-hessischen, sächsischen, ostpreussischen und mecklenburgischen Bezirke vor. Danach haben von insgesamt vorhandenen 519 752 Beamten nur 73,5 Prozent, nämlich 235 000 Beamte, an der Abstimmung teilgenommen. Für den Streik haben nach Mitteilung der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten 192 953 Beamte, also 60,3 Prozent der Beamtenschaft gestimmt. Die Regierung nimmt an, daß bei Berücksichtigung der noch nicht vorliegenden Ergebnisse aus Bayern, Württemberg und Baden der Prozentfuß der für den Streik stimmenden Beamten noch wesentlich, voraussichtlich bis unter 50 Prozent, zurückgehen wird.

Das Entwaffnungskompromiß.

Allmähliche Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren.

Die Umrisse des englisch-französischen Entwaffnungskompromisses haben sich von Tag zu Tag deutlicher ab. Nach zuverlässigen Meldungen aus Paris wird die französische Regierung auf der bevorstehenden Tagung des Obersten Rates beantragen, daß Deutschland aufgefordert wird, innerhalb kurzer Frist die schweren Waffen der bayerischen Einwohnerwehren, nämlich Geschütze, Flugzeuge, Minenwerfer, Flammenwerfer und schwere Maschinengewehre, auszuliefern. Ein Teil der leichten Maschinengewehre und die Tragwaffen sollen den Organisationen vorläufig belassen bleiben.

Frankreich hält aber die gegenwärtige ziffermäßige Stärke der bayerischen Einwohnerwehren für keinesfalls gerechtfertigt und wird deshalb beantragen, daß die Wehren einen Teil ihrer Mitglieder unverzüglich entlassen. Der Rest soll bewaffnet bleiben dürfen, bis die Polizei ausreichend organisiert erscheint, um im Verein mit der bayerischen Reichswehr etwaige kommunistische Anschläge zu verhindern. Die Auflösung der vorläufig gebildeten Einwohnerwehren soll dann schrittweise erfolgen.

Die Verbänden werden daher, falls Frankreichs Vorschlag angenommen werde, jetzt bereits unzweifelhaft erklären, daß sie das Weiterbestehen der Selbstschutzorganisationen nur als provisorisch betrachten und daß die baldige Entwaffnung und Auflösung in festgesetzter Frist zu erfolgen hat. Für den Fall eines Verjagens von deutscher Seite sollen Strafmaßnahmen angedroht werden.

Bei dem obigen Antrag Frankreichs handelt es sich zweifellos um das neue englisch-französische Entwaffnungskompromiß, dessen Grundzüge zweifellos die Zustimmung der Pariser Entente-Konferenz am 19. Januar finden wird.

Frankreich hat also seine ursprünglichen, in der bekannten Silbernote mitgeteilten Forderungen auf ein äußerst geringes Maß zurückschrauben müssen. Die bayerischen Einwohnerwehren müssen vorläufig nur ihre schweren Waffen abliefern und einen Bruchteil ihrer Mitglieder entlassen, der größere Teil der Wehren darf so lange bewaffnet bleiben, bis genügend Polizeikräfte zur Aufrechterhaltung der Ordnung vorhanden sind. Erst dann sollen die Selbstschutzorganisationen allmählich aufgelöst werden.

Es wird also nur ein Aufschub in der Entwaffnungsfrage zugelassen. Ueber die stielte Durchführung der Entwaffnung sind sich die Alliierten im Prinzip völlig einig. Das muß besonders deshalb mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, da in Bayern anscheinend eine vollkommene irrige Beurteilung der englischen Politik bezüglich der Entwaffnung der Einwohnerwehren vorherrscht. England ist ebenso wie

Frankreich gegen die bewaffneten Selbstschutzorganisationen durchaus absehend, und wenn auch jetzt eine Verständigung über den Aufschub der Entwaffnung erzielt ist, so ist doch zu bedenken, daß die Auflösung und Entwaffnung der Einwohnerwehren aber kurz oder lang durchgeführt werden muß. Auch wäre es verfehlt, über die angedrohten Strafmaßnahmen — die allerdings erst nach Ablauf der neuen Frist in Frage kommen — achtlos hinweg zu gehen.

Bemerkenswert ist aber, daß in den ohne Zweifel auf amtlichen Informationen beruhenden Mitteilungen von den ostpreussischen Einwohnerwehren keinerlei Erwähnung getan wird. Seitdem der englische Kriegsminister Churchill in Paris weilte, ist überhaupt die Diskussion über die Aufrechterhaltung der ostpreussischen Wehren auffallenderweise wie mit einem Schlag abgeschnitten. Allem Anschein nach hat Churchill bei seiner Ankunft in Paris kein Hehl daraus gemacht, daß die englische Regierung den ostpreussischen Schutzwall gegen den Bolschewismus nicht entbehren will. Wenigstens vorhanden nicht. Wenn im Osten erst wieder Ruhe eingetreten sein wird, wird man uns schon zur Auflösung der Schutzwehren zwingen.

Schließlich muß die plötzliche Wandlung der französischen Politik in der Entwaffnungsfrage überraschen. Nach einem wochenlangen, überaus geschäftigen Pressefeldzug gegen den „preussischen Militarismus“, nach einer ganzen Flut von Drohnoten und einer überaus heftigen Pressefehde zwischen London und Paris, verließ die französische Regierung jetzt — wenigstens vorläufig — auf die Verwirklichung ihrer Rheinpläne und findet sich mit einer allmählichen Entwaffnung Deutschlands ab. Offenbar verfolgt man in Paris mit dieser Taktik einen bestimmten Zweck; und zwar hofft man für die Zugeständnisse in der Entwaffnungsfrage auf ein Entgegenkommen Englands in der Entschädigungsfrage und in den kleinasiatischen Fragen, denn einmal sind die alten englisch-französischen Differenzen wegen des türkischen Friedensvertrages sowie die Meinungsverschiedenheiten über Griechenland und Syrien immer noch nicht beigelegt, und dann ist die Sicherung einer hohen Entschädigung für Frankreich letzten Endes wichtiger als eine Ueberspannung der Entwaffnungsforderungen.

Neue deutsche Entwaffnungsnote.

General Nollet, der Chef der Interalliierten Kontrollkommission, der sich zu der Entwaffnungskonferenz der alliierten Regierungshäupter nach Paris begibt, wird, wie die „Berl. Zeit.“ am Mittwoch“ hört, von der Reichsregierung das gesamte, bisher vorliegende Material über die Durchführung der Abrüstung und der Entwaffnung und überdies eine Note, in der die Gesamtlage zusammenfassend dargestellt ist, mitnehmen.

Die Unsicherheit in Oberschlesien.

Eine neue Note der Reichsregierung.

Von seiten der deutschen Friedensdelegation ist an die Vorkonferenz eine Note gerichtet worden, die gleichzeitig in London, Paris und Rom übergeben worden ist. Darin wird mit Bezug auf die Unruhen in ober-schlesischen Abstimmungsgebiet gegen die zeitlich getrennte Abstimmung Verwahrung eingelegt.

In eingehenden Ausführungen über die Zustände in Oberschlesien wird u. a. darauf hingewiesen, daß selbst am heftigsten Tage in belebten Straßen Passanten von sogenannten Entleidungskommissionen ihrer Kleidung beraubt werden. Die Anzahl der Morde ist um rund 243 Prozent, die der Raubüberfälle um 80 Prozent gestiegen. In besonderen Anlagen wird ein Teil der seit dem letzten Aufstand erfolgten unerhörten Gewalt- und Greuelthaten zusammengefaßt. Als Hauptursache der trostlosen Lage in Oberschlesien wird die

die Unzulänglichkeit der Maßnahmen der Interalliierten Kommission

genannt, deren Truppen es nicht nur unterlassen, gegen die Verbrecher und Banditen energisch vorzugehen, sondern auch die ausgezeichnete deutsche Polizei aufgelöst und an ihre Stelle Polizeikräfte gesetzt haben, die mit unsicheren Elementen stark durchsetzt sind. Besonders wird auf die lässige Handhabung der Kontrolle der Grenzübergänge an der Süd- und Ostgrenze hingewiesen, deren Uebelheiten an unerlaubter Stelle schon an sich keine besonderen Schwierigkeiten bietet und die noch durch die Ausstellung von ganz unkontrollierten und unkontrollierbaren Sammelkäffen sehr erleichtert wird. So seien bei der Demarkationsfestlegung in Sosnowice nach polnischen Angaben 40 000 Oberschlesier auf diese Art über die Grenze geschleift.

Um diesen schweren Gefahren endlich zu begegnen, verlangt die Note, daß ohne jeden Verzug die Absperrung der Süd- und Ostgrenze so durchgeführt wird, daß der Übergang auf die von der Interalliierten Kommission bestimmten Straßen beschränkt bleibt und daß auch vor der Anwendung des Standrechtes gegen Plünderer und Mörder nicht zurückgeschreckt wird. Die Note erinnert daran, daß die alliierten Regierungen die Verantwortung für die öffentliche Ruhe und Ordnung in Oberschlesien übernommen haben und erwartet, daß sie kein Mittel unversucht lassen, um der Bevölkerung dasjenige Gefühl der Sicherheit zu geben, ohne das eine freie, geheime und unbeflügelte Abstimmung unmöglich ist.

Ein Protest der heimattreuen Oberschlesier.

Der mehrere hunderttausend Oberschlesier umfassende „Verband heimattreuer Oberschlesier“ hat an den Vorkonferenzrat in Paris, an die französische, die englische und italienische Regierung ein Protesttelegramm gerichtet, in dem gegen die Ausschließung der nach dem 1. Januar 1904 zugezogenen nicht gebürtigen Oberschlesier Einspruch erhoben wird.

Gefährdung des Viehbestandes.

Zunahme der Abschachtungen.

An mehreren Stellen der deutschen Tagespresse, wie auch in der landwirtschaftlichen Fachpresse tauchen in der letzten Zeit Befürchtungen auf, daß nach Auf-

hebung der Zwangsmaßnahmen die Abschachtungen überhand genommen hätten. Es ist selbstverständlich, daß seitdem eine Steigerung der Abschachtungen eingetreten ist. Wie der „Reichsanzeiger“ mitteilt, sind im dritten Vierteljahr 1920 356 427 Schweine geschlachtet worden gegen 79 027 im Vorjahre. Eine Zurückhaltung in der Abschachtung von nicht ausgemästeten Schweinen ist zweifellos dringend notwendig.

Was die Rinderabschlachtungen anbelangt,

so braucht man wegen des Nachwuchses keine Besorgnisse zu haben. Ist doch die Zahl der geschlachteten Stunginder von 228 154 im dritten Vierteljahr 1919 auf 179 868 zurückgegangen. Die Rinderabschlachtungen auf den Märkten sind im Verhältnis zu der Vorkriegszeit sehr gering, in der Zeit vom 13. Oktober bis zum 13. November 1920 wurden in Breslau 518 Rinder aufgetrieben, während in etwa derselben Zeit im Jahre 1913 3907 aufgetrieben wurden. In Köln waren es zur selben Zeit 1920: 123, 1913: 3177, in Dresden 1920: 636, 1913: 5388, in Frankfurt a. M. 1920: 463, 1913: 4353, in München wurden 1913 fast 16 000 mehr aufgetrieben als 1920.

Bei der Abschachtung von ausgewachsenem Rindvieh besteht es sich von selbst für den Bauern, seine Milchkuhe und Jungochsen nicht abzuschlachten. Er wird nur Tiere auf den Viehmarkt bringen, die durch ihr Alter oder sonstigen Mangel ihren spezifischen Wert verloren haben, und die weiter zu halten für ihn unrentabel sein würde. Hier spielt allerdings die

Futtermittelbeschaffung zu angemessenen Preisen eine große Rolle. Kann diese nicht ermöglicht werden, so kann allerdings unser Rindviehbestand in schwere Gefahr kommen. Von schwerwiegender Bedeutung sind sowohl für den Rindvieh- als auch für den Schweinebestand die maßlosen Forderungen unserer Feinde an Getreide, Mischfutter, Färjen und Mutterföweln, die allerdings geeignet sind, den Viehbestand des deutschen Volkes zu gefährden.

Ein Zentner Kohle.

Was der Verlust der Spatohlen für uns bedeutet.

Heute, in der Zeit der großen wirtschaftlichen Not, die über unser deutsches Vaterland durch die gemeinsamen Forderungen unserer unerbittlichen Feinde herabgebracht ist, hat ein jeder, der deutsch fühlt und denkt, die erste Pflicht, häuslich umzugehen mit allen Dingen, die im täglichen Bedarfsleben eine Rolle spielen. Viel mehr noch als in den Kriegsjahren, wo unsere Wirtschaft nur auf die Beschaffung des Lebensbedarfs und nicht auf rein wirtschaftliche Forderungen unserer Gegner eingestellt war.

Mit am schwersten von allen Ablieferungen an die Entente treffen uns zweifellos die Kohlenablieferungen. Wie ein Treppendieb der Weltgeschichte mutet es an, wenn man hört, daß wir an Frankreich Kohlen liefern müssen, das mit diesem kostbaren Gut geradezu überschwemmt ist, während bei uns die Ermahnung zum Sparen nie verstummt und das Heizmaterial noch immer rationiert ist. Und doch kommen wir leichter über die Kohlenlieferungen fort, wenn wir sparen, besonders jetzt, wo der Himmel uns gnädig ist und wir milde, wenn auch etwas verregnete Tage haben.

In diesem Zusammenhang dürfte es nicht uninteressant sein, zu erfahren, was sich aus der uns durch die Zeit kostbar gewordenen Menge Kohlen in der Quantität eines Zentners alles gewinnen läßt. Im Verlehrsweisen spielt dieser Zentner Kohle, nimmt man eine mittelgute Steinkohle und normalen Verbrauch an, eine bedeutende Rolle. Eine Lokomotive zieht 1000 Tonnen 2 1/2 Kilometer, ein Schleppeidampfer 1000 1 Kilometer, und eine Straßenbahn fährt 80 Kilometer, wenn jedes dieser Verkehrsmittel einen Zentner Kohle zum Bearbeiten erhält. Mit der gleichen Menge kann man entweder einen Wohnungssofen 7 Tage heizen oder mit einem Badeofen 18 Bäder bereiten, oder eine elektrische Lampe 1500 Stunden brennen lassen. Eine Fördermaschine hebt 400 Zentner aus 700 Meter Tiefe, wenn sie mit einem Zentner Kohle gespeist wird. Bei Vergasung eines Zentners Kohle kann man 50 Stunden Gas kochen, 1/2 Kilometer Auto fahren und 9 Tage die Zentralheizung warm halten. Man gewinnt nämlich bei der Vergasung eines Zentners 15 Kubikmeter Gas, 1/4 Liter Benzol und 0,5 Zentner Koks.

Aus diesen kleinen Beispielen ersehen wir, wie unbedeutend notwendig die sparsame Gebrauch der für unsere gesamte Volkswirtschaft so notwendigen Kohle ist und zweitens wie ungerechtfertigt und grausam die Forderung der Entente auf Auslieferung beträchtlicher Mengen Kohle ist.

Die neuen Kohlenforderungen.

2,2 Millionen Tonnen monatlich.

Das bereits vor einigen Tagen angekündigte Kohlenkontingent ist jetzt tatsächlich von der Wiederherstellungskommission beschlossen worden. Nach Pariser Meldungen hat die Kommission ein provisorisches Programm für die Monate Februar und März festgesetzt. Hiernach werden die deutschen Lieferungen für diesen Zeitraum von 2 Millionen auf 2,2 Millionen Tonnen monatlich erhöht. Außerdem sollen im gleichen Zeitraum die Zehnlieferungen von 500 000 Tonnen noch geliefert werden, so daß die Gesamthöhe der deutschen Lieferungen für die beiden nächsten Monate sich auf je 2 450 000 Tonnen belaufen soll.

Eine derartige Erhöhung der deutschen Kohlenlieferungen an Frankreich muß geradezu katastrophale Folgen für unser ganzes Wirtschaftsleben haben. Während in Frankreich sämtliche Lager mit etwa 12—15 Millionen Tonnen Steinkohlen vollgepfropft sind, sind die man in der nächsten Zeit keinerlei Verwendung hat, werden bei uns täglich neue Betriebsbeschränkungen verhängt, Tausende von Arbeitern können infolge des Kohlenmangels von unserer Industrie nur bei verzweifelter Arbeitszeit beschäftigt werden, und die Zahl der Erwerbslosen steigt von Tag zu Tag in erschreckendem Maße.

Trohende Einschränkung des Personenverkehrs. Eine weitere Folge des Spa-Abkommens ist die drohende Einschränkung des Eisenbahnverkehrs.

gekommene. Auch die zum Veringsfang unterwegs befindliche Fischerflotte hat sich nach Hamburg zurückkehren müssen. Der Dampfer „Reval“, Kapitän Wilson, mit Passagieren von London nach Danzig bestimmt, ist 10 Kilometer westlich von Rowel an der pommerischen Küste gestrandet. 30 Personen wurden durch den Rasteinapparat der Rettungsstation Rowel der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger gerettet.

Zeichen der Zeit. In einer Kofferdorff Zeitung fand sich folgende Anzeige: „Zum Stadtpart Mittwoch: Großer Arbeitslohnball. Eintritt frei. Anfang 7 1/2 Uhr.“ — Im Eisdorf Magaz. das amerikanische Besatzung hat, bringt das Lokalblatt nachstehende Ankündigung: „Tanz-Berggülden. Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr beginnt im „Hotel zur Reichspost“ ein allabendlich stattfindendes amerikanisches Tanz-Stranzgen. Jede Dame erhält pro Tanz 1 Mark. Rückwärts haben keinen Zutritt.“ — Kommentar überflüssig.

Ein Dynamitattentat auf ein oberbairisches Werkhaus. In Friedrichsgrube in Rattowitz wurden am 10. Januar zwei Dynamitbomben in das Werkhaus von Gottschalk geworfen. Menschenleben sind nicht zu beklagen, doch ist der Schaden sehr groß. Von den Lütern fehlt jede Spur.

Die Erfurter Waffenschiedungen. In der Anwesenheit der Erfurter Waffenschiedungen sind neue Verhaftungen erfolgt. Es ist festgestellt worden, daß Waffenteile aus den Beständen der Reichstreuehandgesellschaft fehlen. Der Vagerhalter der Gesellschaft befindet sich unter den Verhafteten.

23 Opfer eines Stubenbrandes. Die bei dem Stubenbrand in Oraxelli (Spanien) abgetöteten 23 Bergleute konnten trotz des unternommenen Rettungsversuches nicht befreit werden. Sie werden als verloren betrachtet.

Ein freigesetztes Urteil. Das Buchergesetz Frankfurt a. M. verurteilte den Geschäftsführer des Rathhaus-Restaurants, wo man im Monat Oktober fünf Pfund Butter gefunden hatte, zu einer Woche Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe. Das Gericht führte in seinem Urteil aus: Dem Angeklagten falle eine besondere Verantwortung zu, weil sich der Betrieb in dem Wahren des Rathhauses vollziehe.

Rechte Nachrichten.

Änderung der französischen Haltung in der Entschädigungsfrage?

Paris, 12. Januar. Die „Daily Mail“ führt heute aus, daß in der Frage der Entschädigung eine beträchtliche Veränderung der französischen Haltung sich bemerkbar mache. Man erwidert jetzt in günstigem Sinne den Vorschlag, dem sich Frankreich bisher widersetzt habe, daß man eine Gesamtsumme der deutschen Entschädigung festsetze. Allerdings würde Frankreich darauf bestehen, daß England und die anderen Alliierten ihr Einverständnis geben, daß genau entsprechende Zwangsmaßnahmen im Falle der Nichtzahlung dieser Entschädigungsumme festgelegt werden. Allerdings bestünde neben dieser Ansicht auch die andere weiter fort, daß man nur für eine begrenzte Anzahl von Jahren die Entschädigungszahlungen festsetzen müsse. Man hebt in den Kreisen, die diese Anschauung vertreten, hervor, daß Deutschland in 5 Jahren stärker sein werde als jetzt.

Sächsisches.

Kue. Die Einwohnerzahl hiesiger Stadt betrug am Schlusse des Jahres 20168 und hat damit trotz der bestehenden Wohnungsnot die Höhe vor dem Kriege wieder erreicht.

Plauen i. V. In den letzten Tagen sind hier drei Fälle von echten Pocken gemeldet worden, die miteinander im Zusammenhang stehen. Gegen die Weiterverbreitung der Seuche sind umfassende Maßnahmen getroffen worden.

Bischofswerda. Zu einem Längerstreit ist es am Sonntag abend in einem hiesigen Ballsalon gekommen. Die Wirtin verlangte 20 Pf., während die Länger nur den bisherigen Preis von 15 Pf. bezahlen wollten. Nachdem es zu keiner Einigung kam, wurde der Saal geleert.

Eberbach. Einen sehr stürmischen Verlauf nahm eine Bürgerversammlung, die sich mit der von den sozialdemokratischen Gemeindevorstellern beschlossenen Wohnungsluxussteuer befahte, wegen der bekanntlich die bürgerlichen Gemeindevorsteher ihre künftige Mitarbeit im Gemeinderat eingestellt haben. Es wurde erklärt, daß die Beamten, Angestellten und Arbeiter von dieser Steuer befreit sein sollen. Nach dem Beschlusse mußte ein Willensstärker jährlich 130 000 Mark, ein Erbsengrubändler 25 000 Mark Wohnungsluxussteuer entrichten, auch die Bauernhäuser mit ihren großen Ställen würden zu der Steuer herangezogen werden. Die ersten Sozialdemokraten, die die Versammlung durch Zurufe gestört hatten, sprengten diese schließlich durch Tosen und Pfeifen.

Reichenbach. Der 34 Jahre alte Kaufmann Richard Meyer aus Weisburg bei Hannover, der von den Staatsanwaltschaften Leipzig und Jena wegen Scherensindelsens zu einer Haftstrafe von 300 000 Mark verurteilt wird, ist jetzt hier festgenommen worden. Man fand bei ihm außer einem Haat benutzten Scherensindels nur noch einen Barbetrag von 100 Mark vor. Der Scherensindels hatte die große Geldsumme in der leichtsinnigsten Weise durchgebracht.

Fußball-Sport.

Am vergangenen Sonntag unterlag SBD. 2 mit 2:6 im Weisbüttel gegen Brandenburg 4. (Halbzeit 0:4) — Am Nachmittag spielte die 1. Elf SBD. nochmals gegen Brandenburg, da Eintritt nicht erschienen war, mit 5:0 für SBD. Das Spiel mußte infolge einsetzenden starken Regens abgebrochen werden.

Tranerröhrchen bedient sich die Buchbinder Carl Jöhne in Dippoldiswalde

Blattläuse, Ameisen, Erdflöhe, Grashüpfer, Wanzen, etc. vernichtet rasch! „Ephidra“ Zu haben: Drog. & Chem. Drogerie Herrmann, Schmiedeberg.

18000 Mk. sind für sofort auf sichere Hypothek **anzuzuleihen.** Angebote unter „125“ an die Geschäftsstelle erbeten.

35000 Mk. sichere Hypothek auf Geschäftsraum in hiesiger Gegend gesucht. Offerten unt. „M. 5.“ an die Geschäftsstelle erbeten.

Konfirmanden-Schirme empfiehlt billigt **Carl Reichel, am Markt.**

100 Mark Belohnung demjenigen, der Beweise bringt, welche zur Ermittlung des Diebes führen, der mir eine Rille Margarine (Nr. 36881) gestohlen hat. Firmendruck an Rille und Würfel, „Wahnschaffe Müller & Co., Cleve“. **Oskar Raden, Altensberg (Ergeb.).**

Naturheilbad „Zukunft“ Dippoldiswalde, Freiburger Platz. Licht, Jodsalz, Rheumatismus, Herz-, Nerven-, Nieren-, Blasen-, Frauenleiden behandeln naturgemäß mit elektr. Licht, Elektrolyt, Wasser und Massagen. — Massage Turm-Brandt. Behandlungen auch außer der Anstalt. — Urin-Untersuchung. **Otto Hill, Naturheilkundiger und Franz, täglich gepr. Masseuse.**

erstklassiger Oldenburger Pferde eingetroffen, die wir ab Sonntag den 15. Januar direkt preiswert unter den günstigsten Bedingungen zum Verkauf stellen. Außer verschiedenen Paaren in allen Farben befinden sich darunter eine Anzahl **bester, eingetrag. Zuchtstuten,** zum Teil auch tragend. **Hainsberg. Emil Kästner & Co.** Fernruf Deuben 290.

Wohltätigkeits-Fest zu Gunsten des „Wettinstiftes“ **Sonabend den 15. Januar 1921 im Konzerthaus „Reichstrone“ zu Dippoldiswalde.** Beginn pünktlich um 7 Uhr abends. Unter dem Protektorate des Herrn Amtshauptmann Edler v. d. Planitz. Gesamt-Belzung: Erich Böhme. / Künstlerische Leitung: Herr Opernsänger Erik Wildhagen. Der Reinertrag findet Verwendung zur Schaffung einer Freistelle.

Mitwirkende: Hr. Charlotte Biered-Rimpel (Sopran), Mitglied der Staatsoper / Hr. Charlotte Bier (Mezzosopran), Mitglied des Staatstheaters / Hr. Maria Höbe (Klavier), Hochschullehrerin am Dresdner Konservatorium / Herr Direktor Biede, Mitglied des Staatstheaters / Herr Schriftsteller F. W. Geißler (Regitation) / Herr Erik Wildhagen (Tenor), Mitglied der Staatsoper / Herr Kammerlinger Ludwig Arnold (Bariton), Mitglied der Staatsoper / Herr Prof. Rud. Bärtlch, Konzertmeister der Kapelle des Staatstheaters / Herr John Wmans, Konzertmeister der Kapelle des Staatstheaters. Eintrittskarten Saal 10.— Mk., Galerie 5.— Mk. / Vorverkaufskarten im Wettinstift, in den Buchbinderei Kästner, „Reichstrone“, „Weberth-Zeitung“, Kaufmann Bemann / Pläze sind numeriert.

Turnverein Sadisdorf. Sonntag den 16. Januar **großes öffentl. Stiftungsfest** Anfang 7 Uhr. Gönner und Freunde der edlen Turnsjache herzlich willkommen. Der Turnrat.

Landwirtschaftl. Verein für Dippoldiswalde u. U. **Einladung zur Sitzung** Sonabend den 15. Januar nachm. 1/2 Uhr in der Bahnhofswirtschaft. 1. Eingänge und Mitteilungen. 2. Vortrag des Herrn Prof. Dr. Schellenberg — Weihen über „Zeitgemäße Düngungsfragen“. 3. Aussprache. Um zahlreiches, pünktliches Erscheinen bittet **d. V.**

Bienenzüchterverein Dippoldiswalde u. U. Sonntag den 16. Januar nachmittags 1/2 Uhr im Gasthof „zum Hirsch“ — Dippoldiswalde **Hauptversammlung.** U. a. Zeitungs-Abonnement, Wahlen usw. Anschließend 3 Uhr Vortrag des Herrn Behnisch — Dresden „Zur Kassenfrage der Bienen“. Zahlreiches Erscheinen erbitet **Hofert — Ripsdorf.**

Geflügel-Züchter-Verein. Freitag den 14. d. M. abends 8 Uhr **Berufsammlung** im Schäferhause. Der Vorstand.

Kasino Reinhardtsgrimma und Umgegend. Sonntag den 16. Januar **Generalversammlung.** Anfang 2 Uhr. Um zahlreiches Besuch aller Mitglieder bittet **d. V.**

Lehrverein „Jahn“. Freitag abend 9 Uhr **Berufsammlung**

Beim Beimgange unseres heiligsten **Gerhard** haben wir in Wort, Schrift und Blumenkranz Beweise aufrichtiger Teilnahme erhalten. Wir sprechen hierdurch unseren herzlichsten Dank aus. **Schischab, den 11. Januar 1921.** **Otto Giegele und Frau Frieda** geb. Anaxtha.

Nach langem, schwerem Leiden und einem arbeitsreichen Leben entschlief heute nachmittags sanft und ruhig in seltem Göttertrauen unsere innigstgeliebte, herzengute Mutter, Groß- und Schwiegermutter, Frau **Agnes verw. Hammermüller** vorw. gew. Wolf, geb. Richter. In tiefstem Weh geben dies hiermit bekannt! **Dippoldiswalde und Chemnitz, den 12. Januar 1921.** **Martha verw. Sachse, geb. Hammermüller, Walter Wolf, Ida Wolf, geb. Uhlig, und Enkelkinder.**

Die Beerdigung findet Sonntag nachm. 3 Uhr vom Kranzhanje aus statt.

Ein junger, kräftiger Mensch, welcher Lust hat, **Schmied** zu werden, kann jetzt oder Ostern gutes Unterkommen finden bei **Schmiedemeister Hering, Reichshardt.**

Ein sauberes, fleißiges **Hausmädchen** nicht unter 20 Jahren, welches auch eine Ziege zu versorgen hat, sucht sofort **Frau Fabrikbesitzer Wilsch, Radenau.**

Ein weicher **Zuchtganter** zu verkaufen oder **auf Hühner zu vertauschen** **Rappendorf Nr. 22.**

Ein zerlegbarer **Raninchenstall,** 3 Etagen, preiswert zu verkaufen. Näheres bei **Herrmann Anders, Markt 50.**

Einem staubfreien **Wagenschnepfen** zur Einstellung des Blumenwagens und eines Rechenwagens für sofort zu mieten gesucht. Off. erb. an **Herrmann Anders, Markt 50.**

2 gebrauchte **Vierzöller-Wagen** hat zu verkaufen **Borwerk Hirschbach.**

Zuckerrüben-Saft (H. Hem. Untersuchung nur aus Zuckerrüben, ohne Zusatz von Süßholzwurzel hergestellt) empfiehlt solange Vorrat reicht **Otto Feller, Herrngasse 100.**

Wohltätigkeitsverein „Sächsische Fechtchule“ Zweigverein Dippoldiswalde. Eintrittskarten zu ermäßigtem Preise für die „Stern-Schispiele“ können bei Herrn Kaufmann Oskar Arechshmar von Vereinsmitgliedern entnommen werden. **Der Gesamtvorstand.**

Dritte Sächsische Wohlfahrtslotterie Ziehung 17.-25. Jan. Lose zu 4 Mk. oct **Louis Schmidt.**

Empfehle solange Vorrat reicht: **W. Tafelmargarine,** 1 Pfd. 14,50 Mk., **Brasil-Sollereis,** 1 Pfd. 4,60 Mk., **grüne Erbsen,** 1 Pfd. 2,40 Mk. **Otto Feller, Herrngasse 100.**

Drei neue **Tischgestelle** und **einige Stühle** zu verkaufen. In erfahren in der Geschäftsstelle. **Frischen Seefisch** **Bücklinge** **hochfeine Kieler** **Sprossen** **geräuch. holländ.** **Lachsheringe** empfiehlt **Johannes Bemann, Wd. Grabis Koch, Freiburger Straße 234.**

Einem **Damenhut** gefunden. **Wagnolen Oberfrauenberg 8c.**

Lokales.

Ueber die Umsatzsteuerpflicht von Nebenberuflern werden in der halbamtlichen Auslassung folgende wichtige Mitteilungen gemacht: Nach dem Umsatzsteuergesetz vom 24. Dezember 1919, das seit dem 1. Januar 1920 in Kraft ist, sind viele Kreise der Bevölkerung auch dann mit Nebenbeschäftigungen umsatzsteuerpflichtig, wenn ihre Haupttätigkeit einer Umsatzsteuer nicht unterliegt, z. B. Beamte, die nebenbei Schriftsteller, Lehrer wegen Erteilung von Privatunterricht, Arbeiter und Gesellen, die selbständig im Hause für eigene Kunden tätig werden, Privatpersonen, die eingerichtete Räume gegen Entgelt vermieten. Die Steuer beträgt grundsätzlich 1 1/2 Prozent und erhöht sich auf 15 Prozent, wenn Luxussteuerpflichtige Gegenstände hergestellt werden. Sie beträgt 10 Prozent des Entgelts, wenn die Vermietung eingerichteter Räume durch Privatpersonen zu vorübergehendem Aufenthalt stattfindet und wenn das Entgelt für den Tag oder die Übernachtung 5 Mark oder mehr beträgt. Die Umsatzsteuererklärung ist im Januar für die Nebeneinnahmen des Kalenderjahres 1920 abzugeben. Wer kein Formular für die Umsatzsteuererklärung erhalten hat, teile dem Umsatzsteueramt rechtzeitig, bis zum 31. Januar 1921, mit, daß er im Jahre 1920 aus Schriftstellerei oder Vermietung usw. den Betrag von ... Mark Nebeneinnahme hat.

Beamtenvertretungen.

Bayern und Preußen gegen das Reich.

In der Nationalversammlung war man sich bei der Prüfung des Artikels 176 darüber klar, daß ein besonderes Gesetz die Grundlage für die Bildung der Beamtenausschüsse schaffen sollte, wobei man an die Errichtung ähnlicher Vertretungen bei den einzelnen Behörden dachte, wie sie, natürlich mit anderer Kompetenz, die Betriebsräte bei den einzelnen Unternehmungen darstellen.

Ein diesen Richtlinien entsprechender Gesetzentwurf wurde, wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Berlin hört, von der Reichsregierung ausgearbeitet und mit den Beamtenorganisationen durchberaten. Nach dem Entwurf sollte den Beamten bei der Regelung ihrer Angelegenheiten in gewissem Umfang ein Mitwirkungsrecht auf dem Gebiete der Disziplinarordnung, der Gehalts- und Urlaubsregelung gegeben werden, soweit dadurch die parlamentarische Mitwirkung nicht berührt würde. Die Vertreter der Beamtenorganisationen haben dem Entwurf im wesentlichen ihre Zustimmung erteilt. Im Sommer vergangenen Jahres ist nun aber von Bayern aus dem Gedanken der Beamtenräte, wie ihn die Reichsregierung in ihrem Entwurf vorgesehen hatte, der Gedanke von regional gegliederten Beamtenkammern entgegengesetzt worden, die nicht in den einzelnen Behörden errichtet werden, sondern für bestimmte Bezirke eine mehr begutachtende Funktion erhalten sollen. Die oberste Kammer in diesem System, die Reichsbeamtenkammer, hätte dem künftigen Reichswirtschaftsrat angegliedert und mit den Rechten einer Gesetzesvorlage bei dem Reichstage ausgestaltet werden sollen. Obwohl die Reichsregierung und auch die Beamtenverbände sich diesem Gedanken gegenüber ablehnend verhielten, fand er doch bei den Besprechungen, die zwischen den Regierungen der Länder darüber stattfanden, auch die Zustimmung der preussischen und anderer Regierungen.

Dem Wunsche dieser Länder, die Reichsregierung möge ihren eigenen Gesetzentwurf zurückstellen, wird die Reichsregierung, soweit der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ unterrichtet zu sein glaubt, nicht nachkommen. Sie wird vielmehr an ihrem eigenen Entwurf, hinter dem auch die Beamtenorganisationen stehen, festhalten und es den Ländern überlassen, die auf dem bayerischen Entwurf bestehen, überlassen, im Reichsrat ihren Standpunkt zu vertreten und möglicherweise durch den Reichsrat mit einer eigenen Vorlage an den Reichstag zu kommen.

Westeuropäische Zeit im Rheinland.

Schwere Schädigung des öffentlichen und bürgerlichen Wirtschaftslebens.

Seit dem vorigen Winter 1919/20 hatten die militärischen Oberbehörden des fremden Besatzungsheeres sämtliche besetzten deutschen Länder am Rhein für den vollen amtlichen und privaten Verkehr die westeuropäische Zeit aufgezwungen. Wer diese einschneidende Maßregel nicht am eigenen Leibe verspürt und so Gelegenheit gehabt hat, ihre alltägliche Wirkung auf allen Seiten des Verkehrs vom besetzten ins unbesetzte Gebiet auf der ganzen Länge der Grenze zu beobachten, kann sich keinen Begriff davon machen, was für eine Unordnung dieser einseitige Unterschied zwischen dem rechten und dem linken Stromufer dauernd hervorrief.

Für die Wende 1920/21 hatte zunächst niemand dieselbe oder eine ähnliche Gewaltmaßnahme beabsichtigt am allerwenigsten aber eine solche, die, scheinbar ermächtigt, dennoch in die Tageseinteilung der Millionen deutscher Staatsbürger der besetzten Landschaften noch weit unangenehmer und nachteiliger eingriff als jene schwer empfundene des ersten „Friedens“-Winters. Keine Feststellung der mannigfachen Schädigung des öffentlichen und bürgerlichen Wirtschaftslebens, kein vorsichtig durchgeführten Widerstand der in ihrer Zeitüberlieferung für den Werttag des Familien- und Berufslebens empfindlich belästigten Bevölkerung, kein zarter Einfluß deutscher

Arbeitsstellen vermochte die Verordnung der „Rheinischen Oberkommission“ hinauszuhalten. Jetzt gilt nämlich seit 23. Oktober 1920 die französische, d. h. die nach Paris berechnete westeuropäische Zeit für den gesamten Eisenbahnverkehr aller besetzten Gegenden, während in den übrigen die deutsche, also die mitteleuropäische, für die Tageseinteilung des Alltagslebens beibehalten werden durfte.

So reißt nun also diese plötzlich scharfe Abweichung, nämlich die mit dem 24. Oktober vorgenommene Rückdrehung der Uhr um eine Stunde erst recht eine scharfe Kluft in die allgemeine Abwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, verschiebt Anfang und Schluß der Unternehmungen der Großindustrie. Sie fettert nämlich die mit der Bahn anfangende Hauptmasse der Fabrikarbeiter an eine um eine Stunde spätere Tageszeit als die im oder beim Geschäft wohnenden Angestellten, beeinflusst so die Wechselbeziehungen zwischen Groß- und Kleingewerbe gar arg, zerschneidet die Gemeinsamkeit der Maßzeiten wie überhaupt der laufenden Geschäfte innerhalb der Familie wie des Hauses und vergewaltigt die angeborene und gewohnte Tageseinteilung tausender deutscher Staatsbürger nebst ihrer Millionen Angestellten und Familienmitglieder.

Wo würde jemals einem so starken Bruchteil eines großen Kulturvolkes, wie ihn unsere rheinische Einwohnerschaft darstellt, eine ähnliche beschränkende und zugleich entwürdigende Fessel auferlegt? Diese monatlang, nämlich bis äußerlich der Frühling in Deutschland wieder einzieht, geltende Verfügung greift natürlich automatisch durch die geprengten Eisenbahnstämme, u. a. auf das unbefestigte rheinische Gebiet ebenso störend über.

Die Bestimmungen über den Postpaketverkehr.

Wie Wertpakete verpackt werden müssen.

In den Kreisen des Publikums besteht vielfach Unklarheit darüber, welche Bestimmungen für die Verpackung von Postpaketen unter Wertangabe gelten und wie die Postverwaltung für Wertpakete haftet.

Nach der Postordnung müssen Pakete je nach Umfang und Inhalt sowie nach der Länge der Beförderungsstrecke haltbar und sicher verpackt werden. Für Sendungen bis zum Gewicht von 3 Kgr. genügt für die Regel, soweit ihr Inhalt nicht von bedeutendem Wert ist, eine Hülle von Packpapier mit fester Beschichtung. Schwerere Gegenstände müssen in mehrfache Umschläge von gutem Packpapier gehüllt werden. Sendungen von bedeutendem Wert sind je nach ihrem Inhalt, Umfang und Gewicht in Pappe, Wachsleinwand oder Risten zu verpacken. Der Verschluß ist bei allen Paketen so einzurichten, daß ohne Öffnung oder Beschädigung des Verschlusses dem Inhalt nicht beizukommen ist.

Bei gewöhnlichen Paketen und bei Wertpaketen bis zu 500 Mark kann der Verschluß durch eine gut geknotete Verschürung oder, wenn die Hülle aus Packpapier besteht, mit gutem Klebstoff oder mit Siegelmarken hergestellt werden. Versiegelung ist nicht nötig und nicht zweckmäßig. Der Wert ist bei diesen Wertpaketen nicht auf der Sendung, sondern nur der Pakettarte anzugeben. Wertpakete von mehr als 500 Mark müssen versiegelt werden, ferner ist der Wert sowohl auf dem Paket als auch auf der Pakettarte anzugeben. Für Sendungen, die bares Geld enthalten, gelten bei höheren Wertangaben zur Sicherung des Inhalts besondere Verpackungsvorschriften.

Die Haftung der Post

Im innerdeutschen Verkehr ist weitgehend. Abgesehen von der Fahrlässigkeit des Absenders und der natürlichen Beschaffenheit des Gutes ist die Postverwaltung nur dann von einer Haftung befreit, wenn der Schaden aus unabwehrbaren Folgen eines Naturereignisses herzuführen ist. Aber auch dieser Grund für die Ausschließung der Haftpflicht erfährt noch eine Einschränkung, denn die Post kann sich auf das Naturereignis (Erdrutsch, Blitzschlag, Ueberschwemmung usw.) nur berufen, wenn die schädlichen Folgen des Naturereignisses, sofern die Pakete auf der Eisenbahn, dem gewöhnlich von der Post benutzten Beförderungswege, befördert worden sind, auch für die Eisenbahn unabwendbar waren. Die Post kann sich nicht darauf beschränken, nachzuweisen, daß nur für sie die Folgen des Naturereignisses unabwendbar waren. In allen übrigen Fällen des Verlustes oder der Beschädigung von Wertpaketen, also auch für Schäden, die durch höhere Gewalt entstehen, leistet die Post Ersatz. Nur im außerdeutschen Verkehr ist nach dem internationalen Abkommen der Anspruch auf Schadenersatz ausgeschlossen, wenn der Verlust usw. durch höhere Gewalt herbeigeführt worden ist.

Bei Bemessung des Schadenersatzes für Wertpakete wird der Betrag der Wertangabe mit der Maßgabe zugrunde gelegt, daß, sofern die Wertangabe den gemeinen Wert der Sache übersteigt, nur dieser ersetzt wird. Bei der Feststellung des gemeinen Wertes wird jetzt allgemein ein üblicher und angemessener Unternehmergewinn berücksichtigt.

Die Verwertung der Dieselmotoren.

Die Deutsche Antwort an die Votchkastkonferenz.

Die Frage der Dieselmotoren wird durch eine neue Note der Reichsregierung an die Votchkastkonferenz wieder angeschnitten. Bekanntlich hatte die

deutsche Regierung gegen die Forderung der Kontrollkommission, die Zerstörung sämtlicher, früher zum U-Bootbau verwendeten Dieselmotoren verlangte, bei der Votchkastkonferenz Einspruch erhoben und auf die schweren Nachteile hingewiesen, die dem deutschen Wirtschaftsleben aus einer Vernichtung dieser Motoren entstehen würden. Die Votchkastkonferenz hat daraufhin in ihrer Note vom 10. November erklärt, daß sie in keiner Weise die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands beeinträchtigen und der friedlichen Verwendung der Dieselmotoren keine Hindernisse in den Weg legen wolle, doch machte sie ihre Zustimmung von der Erfüllung zweier Forderungen abhängig, mit denen sich jetzt die neue deutsche Note der Reichsregierung befaßt.

In Anbetracht der Tatsache, daß Deutschland keinen Grund hat, die Art der Verwendung der Dieselmotoren geheim zu halten, und weil es den Alliierten beweisen will, daß der Dieselmotor in der Tat ein Friedenswerkzeug ist, erklärt sich die deutsche Regierung bereit,

die beiden Forderungen der Votchkastkonferenz zu erfüllen.

Sie wird demgemäß zum 31. März 1921 der Kontrollkommission ein Verzeichnis der schnelllaufenden Dieselmotoren übermitteln, die aus dem Abbruch von Unterseebooten herrühren oder zur Zeit des Waffenstillstandes von der deutschen Regierung für Unterseeboote bestellt waren, auch wenn sie erst nach diesem Zeitpunkt fertiggestellt worden sind. Ferner wird sie der Kontrollkommission jede Möglichkeit bieten, die Unterbringung der Maschinen zu kontrollieren; sie setzt dabei als selbstverständlich voraus, daß die Kontrolle in einer Weise gehandhabt wird, die den Abschlag der Maschinen nicht verzögert oder behindert.

Die deutsche Regierung bemerkt aber schon jetzt, daß sie durch die Forderung, am 31. März 1921 die Liste vorzulegen, nicht etwa die Gewähr dafür übernehmen will, daß die in der Liste zu verzeichnenden Motoren bis dahin sämtlich bereits in den Dienst des Wirtschaftslebens gestellt sein werden. Voraussetzungen sind hierfür ein erheblicher längerer Zeitraum erforderlich. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Forderung der Kommission in den deutschen Abnehmerkreisen bekannt wurde und den Abschlag der Maschinen außerordentlich erschwerte.

Ferner hält die deutsche Regierung an ihrer Rechtsauffassung fest, daß die U-Bootmaschinen entgegen der irrtümlichen Auffassung der Alliierten für den Friedensgebrauch sehr wohl verwendbar sind. Der Votchkastkonferenz kann daher nicht das Recht zustehen, die noch nicht untergebrachten Maschinen zu zerstören.

Schließlich betont die deutsche Regierung, daß die im ersten Teil dieser Note übernommenen Verpflichtungen hiernach Beschränkungen bedeuten, die sich die deutsche Regierung freiwillig auferlegt, weil auch sie den Wunsch hat, in dieser für die deutsche Wirtschaft so wichtigen Angelegenheit zu einer Verständigung mit den alliierten Mächten zu gelangen.

Aus Stadt und Land.

Die hohen Dividenden für Heimstättenwesen? Da die Wohnungsnot eine durchaus unbehobene Sorge der Jetztzeit ist, fordert die Reichs-Arbeitsgemeinschaft für Siedelungswesen zu Berlin, es möchte vom Staate dafür Sorge getragen werden, daß die überraschend hohen Dividenden industrieller Unternehmen mehr als es zurzeit geschieht, der Wohnungsfürsorge dienlich gemacht werden. Es ist nicht angängig, daß die Industrie, deren Arbeitern die Heimstättenfürsorge dient, sich immer noch in dem Maße von der Behebung der Wohnungsnot absetzt, wie es jetzt geschieht. Eine so hohe Dividende, wie z. B. 15 Prozent, sollte nicht verteilt werden dürfen, ohne daß etwa 5 Prozent des Kapitals zu niedrig verzinsten tilgbaren Heimstättenhypotheken zuvor gegeben wären. Vor der Verteilung noch höherer Dividenden sollte ein entsprechend erhöhter Betrag dem gleichen Zweck zugeführt werden. Die Industrie hat wohl das größte Interesse daran, die Angestellte abzuschwächen, die aus hohen Dividenden gegen sie erhoben werden.

Teilweise Betriebsaufnahme bei Thyssen. Nach mehrwöchigem Streik der Belegschaft der Thyssenhütte in Hamborn ist die Verwaltung in der Lage, die Hütte für beschränkten Betrieb wieder zu öffnen, da sich im Laufe der letzten Tage Tausende von Arbeitswilligen gemeldet haben. Der Streik auf den Schachtanlagen im Hamborner Bezirk ist so gut wie beendet.

Die historischen Lübecker Salzspeicher, deren Abbruch kürzlich in einer Eingabe vom Senat verlangt wurde, sollen jetzt, wie das „W. T.“ aus Lübeck erfährt, nach Ablehnung dieses Beschlusses, dem Verkehr erschlossen werden. Die Finanzbehörde beabsichtigt, in den alten Salzspeichern Verkaufsläden einzurichten. Nach Jahrhunderten der Ruhe und Abgeschlossenheit werden die historischen wertvollen Wandmalereien der alten Hansezeit, die von der Denkmalpflege bisher so ängstlich behütet wurden, einen neuen Verkehrspunkt in Lübeck bilden.

Strandung eines spanischen Kriegsschiffes. Der spanische Panzerkreuzer „España“ ist längs der Küste von Puerto-Monti im Golf von Genua an der hilenischen Küste gestrandet. Die spanischen Delegierten, welche sich zur Jahrhundertfeier nach Magellan begeben wollten, waren nicht mehr an Bord des Schiffes. Der hilenische Kreuzer „Comodoro“ wurde zur Hilfeleistung herbeigerufen und nahm die Schiffbrüchigen auf. Man hofft, den Panzerkreuzer „España“ zu retten.

Schwarz und Ernst.

11. 20 000 Kronen für eine Prospektionsloge. Nach 20 Jahren findet in diesem Jahre wieder eine Opern-revue zugunsten der Pensionäre der beiden Staatstheater in Wien statt. Eine Herrenkarte kostet 2000 Kronen, eine Damenkarte 1500 Kronen, eine Prospektionsloge 20 000 Kronen. Man hofft bei der in Aussicht genommenen Veranstaltung einige Millionen einnehmen zu können.

12. Die Schöder-Stranz-Expedition, die vor acht Jahren in Stärke von sieben Mann eine Nordpolforschungsreise unternahm, ist bekanntlich bis jetzt verschollen geblieben. Eine bemerkenswerte Spur, die zugleich eine Bestätigung der Annahme, daß die forschenden deutschen Gelehrten den Tod im Eise gefunden haben, darstellt, entdeckte jetzt ein norwegischer Fischer, der an der Ostseite der Weisheit eine Leiche fand. Diese Leiche wurde von dem deutschen Konsul in Thomsen als die des Botanikers der Expedition Dr. Walter Mosefer vermutet, der am 1. Oktober 1911 zusammen mit dem Zoologen Dr. Detmers an der Bai zum letzten Male gesehen wurde. Das gefundene Tagebuch wurde als das Dr. Mosefers festgestellt. Man nimmt an, daß zuerst einer der beiden auf dem Eise einbrach und ertrank, während der andere auf dem Lande verhungerte und erstarb. Es war unmöglich, die Leiche zu bestatten. Das Schicksal der übrigen an der Expedition beteiligten deutschen Forscher wird wohl stets unauflöslich bleiben.

13. Das Antreiben der Hyacinthenzwiebeln. Unter dem Antreiben der Hyacinthenzwiebeln auf Gläsern oder in Töpfen versteht man das Warmstellen dieser Gewächse zu dem Zwecke, daß die Blume aus der Zwiebel hervorkommt. Willste man nun die Zwiebel, nachdem sie auf Wasser oder in Erde eingeseht ist, sofort in ein warmes Zimmer stellen, so würde sie sich nicht entwickeln, oder wenn eine Entwicklung der Blüte vor sich ging, würde diese verkümmern oder vertrocknen. Wie jede Pflanze erst dann genügend sich entwickeln und Blüten und Früchte bringen kann, wenn ihr Wurzelwerk genügend kräftig und stark geworden ist, so kann die Hyacinthe erst dann die gewünschten Blüten bringen, wenn die Zwiebeln sich genügend bewurzelt haben. Das darf aber nicht in der Wärme geschehen. Wenn also Hyacinthen auf Töpfe oder auf Gläser gesetzt sind, so werden sie zunächst in ein kühles Zimmer gestellt, und wenn möglich, dunkel gehalten. Dort bleiben sie so lange stehen, bis man die Gewißheit hat, daß die Wurzeln sich genügend ausgebildet haben. Auf Gläsern kann man dies ohne weiteres beobachten; sie berühren dann den Boden des Glases; bei Töpfen kann man sich von der Durchwurzelung dadurch überzeugen, daß man die Erde austopft. Sind nun die Wurzeln in genügender Menge ausgebildet, dann kann das Antreiben beginnen. Töpfe oder Gläser werden in die warme Stube gestellt, ein Teil hell, ein Teil weniger hell. Auf diese Weise verlängert man den Flor der Blumen. Uebermäßige Wärme würde allerdings den Flor unerbittlichmäßig schnell beendigen. Auf jeden Fall ist es notwendig, die Lufttriebe zunächst mit Papierhütchen zu bedecken, damit die Blätter nicht zu stark sich entwickeln und damit der Blühvolligkeit der Blumen Abbruch tun. Tulpen kann man in derselben Weise antreiben.

14. Der Hirsch als Schlangenfresser. Eine merkwürdige Mär erzählt man sich früher vom Hirsch. In einem alten Buche wird sie wie folgt berichtet: „Wenn der Hirsch alt worden und ihm das Beweihe oder die Hörner wie dann auch die Haare gar zu lang gewachsen, dann geht er zu einer Höle und zieht aus derselben durch seinen starken Atem eine Schlange herfür in die Nase, wodurch er so sehr erhitzt und angefeuert wird, daß er alsbald mit großer Begierde seinen Durst zu löschen frisch Wasser sucht. Wann er das gefunden, lauffet er hinein bis an den Kopf, nehet also im Wasser und trinket doch nicht (weil ihm das die Natur gelehret), bis ihm die Tränen häufig aus den Augen laufen (aus welchen, wenn sie verdorren, wird der Hirsche Stein Besoar), wann solches geschehen, so trinket er überflüssig und fallen ihm alsdann die Hörner ab, wie nicht weniger die Haar aus.“ Diese Höle ist jedenfalls eigenartig und interessant. Um ihre Wahrhaftigkeit zu prüfen, hat man früher auch alten Ernstes Hirschen Schlangen vorgeworfen, doch sind sie von dem edlen Wild weder durch die Nase eingesogen worden, noch mit dem Maul verzehrt. Heute glaubt natürlich kein Mensch mehr an diese Sage; ebenso ist es allbekannt, daß der Besoarstein nicht eine versteinerte Hirschträne ist, sondern sich im Magen und Darm mancher Tiere, die kostbarsten im Körper der Besoarsteine bilden.

15. Wölfe als Landplage. Wer, wenn er einem Bruder Hegemann in einer Menagerie in das täuschliche Antlitz schaut, denkt wohl daran, daß die Vorfahren des grimmen Burschen noch vor ein paar Hundert Jahren unsere Wälder und Landschaften unsicher machten? Im Jahre 1271 gab es in Thüringen so viel Wölfe, daß viele Menschen durch sie umkamen. 1600 wurde im Mühlthal bei Jena ein Student von einem Wolf überfallen und niedergeworfen. Ueberhaupt scheint gerade die Jenaer Gegend an Wölfen reich gewesen zu sein. Ein jenaischer Scheffel Korn stand dem Werte eines Wolfes gleich, auch wurden für einen jungen Wolf ein Talent und für einen alten zwei Talent Schußgeld vom Rat bezahlt. Am 24. August 1641 wurde im Mühlthal die Witwe Margarete Widmann aus Magdala von einem Wolfe zerissen, und auch am 9. März 1643 wurden zwei Jenaer Bürger von einem Wolfe überfallen und einer von ihnen schwer am Bein verwundet. Die Wölfe hatten während des dreißigjährigen Krieges in ganz Deutschland in demselben Maße zugenommen, wie die Zahl der Menschen zurückging.

16. Ein „Ball“ ist gewiß ein schönes Vergnügen. Warum aber sagt man nicht lieber „Tanz“? Warum gibt man einen „Ball“ statt einen „Tanz“, warum spricht man vom Hausball, Hofball, Maskenball, von Ballspiel, Ballschulen, Ballschur und dergleichen? Wie ist überhaupt der Name „Ball“ entstanden für einige Stunden vergnüglichen Treibens, bei dem in der Hauptsache getanzt wird? Sprachkundige werden meinen, daß

Wort stamme aus dem Italienischen, wo tanzen ballare heißt, oder aus dem Altfranzösischen mit seinem Worte „baller“ für tanzen. Dem ist jedoch nicht so. Gründliche historische Untersuchungen haben ergeben, daß der Name Ball in Beziehung mit dem zum Kinderspiel verwendeten Ball gebracht werden muß. Insbesondere weisen hierauf die alten deutschen Fremdwörterbücher von Menantes hin, das 1703 erschien, und das von Schelbner aus 1695. Danach herrschte zu jenen Zeiten die eigenartige Sitte, daß sich, meistens an den Feiertagen, und hier wieder besonders zu Ostern, die erwachsenen Mädchen versammelten, um denjenigen jungen Frauen, auf deren Hochzeit sie getanzt hatten, einen schön mit Bändern und Goldstücken geschmückten Ball, der auf einer Stange befestigt war, in feierlichem Zuge ins Haus zu tragen. Man wollte damit andeuten, und in Erinnerung bringen, daß die Kinder- und Spieljahre nun vorüber seien, nicht sowohl für die also Geehrte, sondern auch für die Geberinnen, die nun erwachsen genug seien, um des Ballspiels entbehren zu können; man wollte jetzt lieber „tanzen“. Dazu bedurfte es aber der Musik, und so mußten nun die jungen Frauen auf ihre Kosten zum Tanze aufspielen lassen, um ihren Freundinnen die Möglichkeit zu bieten, ebenfalls recht bald eine junge Frau zu werden. Gab man also einer jungen Frau einen Ball, so veranlaßte diese ein Tanzvergnügen. Nach und nach deckten sich die Begriffe, und es entstand die kurze Redensart „einen Ball geben“ für „ein Tanzvergnügen veranstalten“.

Die Schwankungen des deutschen Viehbestandes vor und nach d. Krieg

auf Grundlage der amtlichen Viehzählungen.

	Pferde	Kälber	Rinder	Schafe	Schweine
1910	3 323 041	8 829 185	9 716 439	5 829 988	7 123 388
1911	2 908 889	6 881 162	10 035 978	5 467 782	9 647 745
1912	4 518 297	8 007 681	12 586 065	5 787 848	21 885 073
	Ziegen	Gänse	Enten	Hühner	Kanarienvögel
1910	1 670 608	8 485 361	4 935 240	48 500 453	10 642 633
1911	4 395 311	7 308 871	4 535 654	47 882 724	12 736 511
1912	3 383 571	10 721 661	6 597 945	65 134 771	9 181 296

* Nach einer Vabasmeldung aus Buenos Aires (Argentinien) ist dort ein Fahrzeug, in dem sich etwa 100 staatliche Arbeiter befanden, gekentert. Etwa fünfzig Arbeiter ertranken.

Reichsgräfin Gisela.

Roman von E. Müllert.
(35. Fortsetzung.)

„Ihre Besorgnis ist grundlos, Gräfin Sturm,“ sagte er mit leiser, aber vollständig klarer Stimme. „Gehen wir weiter... Es ist meine Aufgabe, Sie so hinüber zu begleiten, daß Sie an diesen Weg niemals mit Schrecken zurückdenken sollen.“

Davor konnte er sie nicht mehr schützen, sie mußte, solange sie lebte, mit Schreden an diesen Weg zurückdenken. Sie hatte sich verraten gegen den, der am wenigsten in ihrer Seele lesen durfte... Und wenn auch aus jenen verschleierte Tönen unverkennbar Trauer und Enttäuschung klangen, wenn er auch vor ihr stand, als wolle er in der Tat seine Hände behütend über jeden ihrer Schritte halten — das verbot sie nicht wieder mit sich selbst.

Sie schritt ohne Jögern weiter mit tiefgesenkter Stirn und dem dumpfen Gefühl in Kopf und Herzen, als sei plötzlich alles zertreten, was sie Gutes und Gutes in sich gehabt hatte — die Liebe, eine himmlisch schöne Hoffnung und die eigene Würde.

Die kleine Stredde Weges, die noch vor ihnen lag, war bald zurückgelegt, und nun eilte der Portugiese wieder hinüber, um die Pferde zu holen. Während er die Tiere losband, entfiel ihm der Hut, er nahm ihn auf — gleich darauf taumelte die azurblaue Campanula, begleitet von all ihren farbenbunten Schweifern, in den Abgrund; Oliveira schleuderte sie mit ungewohnter Gebärde des Abcheus weit von sich.

22. Kapitel.

Der Waldweg, in den die Reitenden einlenkten, war ziemlich breit — die Pferde konnten nebeneinander laufen; er mündete nach kurzer Strecke in die Fahrstraße, die Reuenfeld mit Greinsfeld verband.

Bei dem Knotenpunkt dieser zwei Wege angekommen, hörten die Reiter ein fernes Tosen und Brausen. Oliveira hielt die Pferde zurück, und kurze Zeit darauf stürmten zwei Feuerprigen, gefolgt von einem großen Teil des Reuenfelder Arbeitspersonals, auf Seitenwagen vorüber.

Wie flogen die Mägen von den Köpfen dieser Leute beim Erblicken ihres Herrn. Wie strahlten ihre kräftigen Gesichter in freudiger Ueberraschung auf. Das waren die Menschen, denen Frau von Herbed nicht mehr dankte, weil sie weniger demütig als ehemals grüßten, weil sie nicht mit tiefgebogenem Rücken verharren, bis die kleine fette Frau aus ihrem Gesichtskreis entschwinden war...

Noch ein dritter Wagen voll Menschen jagte an den neben dem Fahrweg Haltenden vorüber — da sahen man viel bleiche, verärrte Gesichter.

„Das sind die Greinsfelder,“ sagte Oliveira. „Die trifft das Unglück nicht,“ entgegnete Gisela mit bedeckter Stimme. „Die neuen Häuser der Reuenfelder Arbeiter, die Sie, mein Herr, gebaut haben liegen auf der entgegengesetzten Seite des Dorfes — die Häuserreihe der Tagelöhner brennt, die auf den Gute arbeiten.“

„O weh, das sind Schindelbächer!“

„Und armselige, verwiterte Behmwohnde, und die zerbrochenen Fensterscheiben sind mit Papier verklebt.“

Oliveira sah überrascht auf — das klang schneidend aus dem Mädchenmunde.

„Und drin leben Menschen, die für uns arbeiten müssen — als Dank für diese Anstrengungen misshandelt wir sie. Wir essen das Brot, das sie bauen, und

sehen zu, wie sie selbst hungern; wir machen uns weh sie seien zum Tode geboren, sie seien ein Erbe, das mit uns nicht verglichen werden könne, sie seien geistlich wichtige Geschöpfe, und doch verlangen wir von ihnen dasselbe Verhalten des höchsten Bedens und seine Gebote, wie wir es haben, und wenn sie sterben, verheißt ihnen der liebe Gott dasselbe Himmelreich mit uns. Wenn dort ihre Seelen und ebendortig sind warum auf Erden nicht? ... Ich weiß, daß wir gramjame Egoisten sind, aber ich weiß es erst seit kurzem.“

Sie brach ab. In fast atemloser Hast hatte sie gesprochen, während Oliveira schweigend neben ihr verharrte. Sie waren bisher im Schritt geritten, weil die Sara bei dem stundenverirrenden Getöse der vorbeifahrenden Wagen gescheut hatte. Auch jetzt strahlte der Portugiese zurückhaltend seinen Arm aus, als wolle sie das Pferd antreiben wollen.

„Nicht nicht!“ wehrte er. „Wir dürfen dem Mädchen nicht wieder so nahe kommen.“

„So reiten Sie voraus, mein Herr! Ihr Pferd scheut nicht.“

„Nein. Ich darf nicht, um dort vielleicht einige arme Habseligkeiten zu retten, hier ein Menschenleben preisgeben... Sie behaupten, Ihr Pferd sei sicher, und es bringt Sie doch jeden Augenblick in Gefahr; dabei reiten Sie tollkühn, Gräfin. Ich sah bereits auf der Waldwiese mit prophetischem Blick, wie Sie sich beim Heimritt in den Steinbrüchen zerschmettern würden... Wäre ich Seine Excellenz, der Minister, hätte würde Ihnen dies Pferd sofort konfiszieren.“

Oliveira zog bei diesen Worten den Hut in die Stirne, so daß Gisela, deren Blick anfänglich schlichter auffordernd an dem braunen Gesicht geblieben hatte, von seinen Augen nichts mehr sah... Sein Erscheinen an den Steinbrüchen wäre also kein zufälliges gewesen? Er wäre einzig und allein gekommen, um sie zu beschützen? Das junge Mädchen schauerte in sich zusammen. „Uebrigens wird wohl für mich und die dort“ — hob er wieder an und deutete nach der Richtung, von wo das ferne Rauseln der Feuerprigen noch herüberklang — „nichts mehr zu retten übrig sein. Solche altersmorsche Hätten brennen rasch zusammen, und die Häusergruppe, die Sie mir bezeichnet haben, steht isoliert... Dafür wird schleunigst eine andere Hilfe und Tätigkeit beginnen müssen — es gilt, Obdachlose unterzubringen, und da Sie Schindelbächer und Behmwohnde abseheulich finden —“

„O mein Herr!“ unterbrach ihn Gisela, „die sollen in Greinsfeld für immer und ewig verschwinden! Es wird niemand mehr darben — es soll alles anders werden!... Der alte, strenge Mann im Waldhause hat recht gehabt — ich war gefühllos wie ein Stein. Ich habe es selbstverständlich gefunden, daß die arbeitende Klasse auch elend und verkommen aussehen müsse. Ich habe niemals Widerspruch erhoben gegen das Uebel, eintreten zwischen Frau von Herbed und dem Greinsfelder Schullehrer, nach dem in den Köpfen dieser Leute die Unwissenheit erhalten werden sollte. Ich habe die Dorfkinde zerlumpt und verwildert an meinem Wagen vorbeilaufen sehen, ohne daß mir je der Gedanke gekommen wäre, sie zu belibden und ihre Seele zu befeuern... Sie haben mich bereits gerichtet — ich weiß es — und wenn Ihr Spruch auch noch so streng lautet — ich habe ihn verdient.“

Oliveira hatte mit tiefgesenktem Kopfe zugehört er unterbrach mit keinem Wort die vernichtende Selbstkritik, die das junge Geschöpf da neben ihm mit der tiefsten und doch so kindlich klingenden Stimme gegen sich schleuderte. Er verhielt sich still und erwartend, wie der Arzt, der eine Wunde ausbluten läßt, aber er war kein Arzt, den die Leiden bei diesem Ausbluten kalt lassen; er war ein lebenshaftlicher Mann, der mit sich ringen mußte, um sein heißes Mitgefühl nicht zu verraten.

„Sie vergessen, Gräfin,“ sagte er nach einem momentanen Schweigen, währenddessen Gisela mit zuckenden Lippen vor sich niedersah, „daß Ihre frühere Anschauungsweise durch zwei Einsätze bedingt worden ist: durch den ausschließlichen Umgang mit Ihren Standesgenossen und durch die Art und Weise Ihrer Erziehung.“

„Mag Ihnen ein Teil zufallen,“ entgegnete sie erregt, „das entschuldigt meine Denkfaultheit, meine Denkschwäche nicht!“

Sie sah ihn mit einem traurigen Nicken an. „Ich muß Sie sogar bitten, diese Erziehungswelle nicht anzutasten,“ sagte sie weiter. „Man wiederholt mir täglich, ich sei streng im Geiste meiner Großmama erzogen worden.“

Oliveiras Gesicht verfinsterte sich.

Kleine Nachrichten.

Der Professor der Philosophie und Psychologie an der Berliner Universität Dr. Benno Erdmann ist im Alter von nicht ganz 70 Jahren an einer Herzkrankung plötzlich gestorben.

Der bekannte Berliner Rechtsgelehrte Geh. Justizrat Prof. Dr. Otto v. Gierke ist am 10. Januar 80 Jahre alt geworden.

In den Wurzbacher Granitwerken in Thüringen ist ein Arsenikitegang erschlossen worden, dessen Analyse 32 Gramm Silber und 2 Gramm Gold auf die Tonne ergab.

In der Nähe von Garbesleben ist der Flieger Regold abgestürzt. Er war sofort tot.

Durch eine Verfügung der Regierungskommission für das Saargebiet ist in diesem Jahre jede parlamentarische Veranstaltung im Saargebiet verboten worden.

Der amerikanische Dampfer „West Arrow“ trifft im Laufe dieses Monats mit 742 amerikanischen Mitfahrern in Bremen ein.

In Brandenburg a. S. sind am Montag sechs in allen Industrien der Metallbranche die Metallarbeiter in den Streik getreten. Es handelt sich um etwa 5000-6000 Auszubildige, die Lohnforderungen in Höhe von 100 Prozent und mehr gestellt hatten.

Die bekannte Berliner Firma Ludwig Boewe & Co. ist infolge übertriebener Lohnforderungen seitens der Arbeiter ihre Betriebe.

Auf dem Bahnhof in Rachen entgleiste ein Wagen eines Güterzuges. Die nachfolgenden Wagen wurden durch den Anprall ineinander geschoben, 86 Wagen wurden dabei zertrümmert, zwei Bahnbediente getötet.